

blick nach rechts

INFORMATIONSDIENST ÜBER RECHTSAUSSEN: 14. Jahrgang Nr. 16 6. August 1997

→ **Braune Silberlinge** Seite 2

Die Geschäfte mit rechtsextremer Skinmusik boomen – trotz staatlicher Repression. Auf dem lukrativen Markt sind vor allem Angehörige der rechten Skinhead-Szene sowie Funktionäre der „Jungen Nationaldemokraten“ vertreten. (s. auch Dokumentation S. 8)

→ **Ein Platz an der Sonne** Seite 4

Der Alt-Nazi Otto-Ernst Remer genießt an der spanischen Costa del Sol seinen Lebensabend. Dank regelmäßiger Rentenüberweisungen leidet der Justizflüchtige dort keine Not.

→ **Vatikan im Zwielficht** Seite 5

Bei der weltweiten Suche nach „Nazigold“ ist auch der Vatikan ins Visier geraten. Dem Kirchenstaat wird ebenso vorgeworfen, Fluchthilfe für die Schergen des faschistischen Ustascha-Regimes in Kroatien geleistet zu haben.

→ **Ausstieg, Lügen und Scientology** Seite 12

Mit dem extremistischen Psycho-Konzern befassen sich nicht nur die Verfassungsschützer. Gleich drei Bücher sind kürzlich über Scientology neu auf den Markt gekommen.

Tagebuch Seite 14

Nur im Abo. 14tägig zum Preis von DM 117,- jährl. zzgl. MwSt. und Versand
Vorwärts Verlag, Wilhelmstr. 140, 10963 Berlin
Telefon 030/25 99 36 41, Fax 25 99 36 54

Boomender Markt in Sachen Skin-Musik

Geschäfte mit braunen Silberlingen

Der Umsatz mit rechtsextremen Tonträgern entwickelt sich seit Jahren schwunghaft – trotz staatlicher Indizierung und Repression. Im Geschäft mit der braunen Volksmusik sind vor allem Angehörige der rechten Skinhead-Szene sowie Funktionäre der „Jungen Nationaldemokraten“ stark vertreten.

Mitte Juli fanden in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Baden-Württemberg mehrere Hausdurchsuchungen statt. In den beiden ostdeutschen Bundesländern wurden dabei in neun Wohnungen und Geschäftsräumen in Halle/Saale, Leipzig, Eisleben und im Saalekreis rund 1 300 rechte CDs, weitere Tonträger und rechtsextremes Propagandamaterial sichergestellt. Die Razzia in den baden-württembergischen Städten Ulm, Esslingen und Biberach erbrachte 45 000 CDs, darunter von den „Zillertaler Türkenjägern“.

Der Markt für rechtsextreme Tonträger ist in Deutschland in den vergangenen Jahren immer größer geworden. Auch die Zahl der Konzerte und der Musik-Veröffentlichungen, zumeist auf CD, hat zugenommen. Bundesweit existieren mehrere Dutzend rechtsradikale Bands und Skinhead-Kombos. Ihre durchschnittliche Lebensdauer liegt bei wenigen Jahren, manche Truppen bestehen aber auch schon länger als ein Jahrzehnt. Die Besetzungen wechseln häufig, alte Bands brechen auseinander und neue Gruppen entstehen. Gemeinsam ist ihnen der Wunsch nach Veröffentlichung von eingespielten Musiktiteln, seien es nun Eigen- oder Fremdkompositionen, sogenannte Cover-Versionen, in den meisten Fällen auf CD. Die Auflage der kleinen Silberlinge liegt zwischen mehreren hundert und 10 000 Stück. Hergestellt werden die CDs für einen Stückpreis von nur wenigen Mark, abhängig von der Auflagenhöhe, in der Regel im Nachbarland Tschechien.

Bei den Razzien in Ulm, Esslingen und Biberach waren am 16. und 17. Juli neben Tonträgern auch T-Shirts und vielfältiges Propagandamaterial, darunter Hakenkreuzfahnen, beschlagnahmt worden. Ein 29-jähriger Mann aus Ulm wurde wegen Volksver-

hetzung in Haft genommen. Einen Teil der Tonträger hatte er aus den USA bezogen, den größeren Teil aus Tschechien. Verkauft wurden die CDs im Rahmen von Konzerten oder sonstigen Treffen und Veranstaltungen der Szene. Wenige Tage nach einer Veröffentlichung im „Spiegel“ vom 21. Juli erklärte das tschechische Unternehmen „Gramofonové Zavody“ in Lodenice bei Prag, in Zukunft die Herstellung rechtsextremistischen Liedgutes einzustellen.

Auch die Zahl der mit der Aufnahme, Produktion, Herstellung, Versand und Vertrieb befaßten Aktivisten der rechtsextremen Szene der Bundesrepublik ist seit Jahren im Steigen begriffen. Aktueller Krösus ist der 27-jährige ehemalige „Republikaner“ Torsten Lemmer, Düsseldorfer Chef von „Rock Nord“. Er hat bereits vor Jahren Herbert Egoldt von „Rock-O-Rama Records“, Brühl (Erftkreis), abgelöst. Die von Lemmers „Creative Zeiten Verlag und Vertrieb GmbH“ herausgegebene „Musikzeitschrift Rock Nord“ fungiert zugleich als Bestellkatalog von Tonträgern und anderen Devotionalien für die Rechtsaußen-Szene. Lemmer ist an „Funny Sounds und Vision GmbH“ und am „MZ-Vertrieb“, Düsseldorf, beteiligt. Außerdem ist er geschäftsführender Gesellschafter der Firma „Freier Tonträger Vertrieb“ (F.T.V.), Langenfeld, deren Produkte in „Rock Nord“ beworben werden.

Der Krösus der Szene

Neben Lemmer sind vor allem zwei Gruppen im Geschäft mit der braunen Volksmusik stark vertreten. Zum einen (ehemalige) Angehörige der rechten Skinhead-Szene wie Ullrich „Uhl“ Großmann (31) mit seinem 1990 gegründeten Label „DIM Records im fränkischen Coburg. Das semiprofessionelle Kleinlabel „Di-Al Records“ aus Erlangen wird seit 1994 von den beiden ehemaligen Skinzine-Machern Dirk Bocksrocker („Radi-Kahl“) und Alexander Kuligowski („Oi! Deutsches Echo“) betrieben. Die 1986 gegründete Meppener Skin-Band „Saccara“ um Sänger Daniel „Gigi“ Giese (27) betreibt mittlerweile die „Saccara Distribution“ („Furor Teutonicus“). Einer der Musiker von „Saccara“ soll, so der „Spiegel“ in dem eingangs erwähnten Artikel, sich an der CD „12 Doitsche Stimmungslieder“ der „Zillertaler Türkenjäger“ beteiligt haben. Die Brüder Florian und Matthias Walz von der 1983 gestarteten Oi-Kombo „Boots & Braces“ begannen 1990 mit dem Label „Walzwerk“ im nordwürttembergischen Ingelfingen. Aus dem württembergischen Eybach (Landkreis Göp-

pingen) kommen die wegen Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhaß vorbestraften Brüder Oliver (22) und Roland (29) Schaffelhuber. 1990 begannen sie mit „Skull Records“, heute betreiben sie die „Streetrock Records“. Den „Streetrebel Tonträgervertrieb“ hat Thorsten de Vries (35), ehemaliger Vorsitzender des 1992 verbotenen „Deutschen Kameradschaftsbundes Wilhelmshaven“, jüngst initiiert. Neu ins Geschäft eingestiegen ist zum Jahresbeginn die „Sauerland Tonträgerproduktion“ („Achtung! Nationalgesinnte Bands, die CDs von den Sauerländer Kameraden produzieren lassen wollen, wenden sich bitte an die obenstehende Anschrift“) aus dem Umfeld der neonazistischen „Sauerländer Aktionsfront“. Bei dem lukrativen Geschäft mit den braunen Silberlingen sind auch die aus dem USA kommenden „Hammerskins“ vertreten. Hammerskin Christoph Diebold betreibt im württembergischen Burladingen (Zollernalbkreis) die „German Hammerskin Records“. Der 27jährige Marco Grün, ehemaliger Kader der „Aktionspartei Nationalrevolutionärer Kameraden“ unterhielt im nordbadischen Schwetzingen (Rhein-Neckar-Kreis) eine Kontaktadresse der „German Hammerskins“. Steffan Hammer von „Noie Werte“ betreibt seit 1994 in Stuttgart die „German-British-Friendship-Records“. Im vorderpfälzischen Laumersheim (Kreis Bad Dürkheim) firmiert seit 1994 das Label „Interaktiv Records“ von Markus Hüther, der selbst an mehreren Bandprojekten als Musiker beteiligt ist. Gegen den ehemaligen niedersächsischen Landesvorsitzenden der verbotenen FAP, Thorsten Heise (28), wird wegen der CD „Norheim-Live“ ermittelt. Nach Ansicht der Behörden soll die CD, ein Mitschnitt eines Konzertes am Wohnort Heises, in Dänemark produziert worden sein.

Auch die NPD will einsteigen

Zu der anderen großen Gruppe der Produzenten und Vertrieber gehören ehemalige und aktive Funktionäre der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN). Der prominente Vertreter darunter dürfte der ehemalige JN-Kader und spätere „Republikaner“-Ratsherr in Köln, Manfred Rouhs (31), sein. Rouhs war ab 1981 beim NPD-Nachwuchs aktiv und amtierte von 1985 bis 1987 als JN-Landesvorsitzender von Nordrhein-Westfalen, bis er sich dann den „Republikanern“ anschloß und von dort zur „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ wechselte. Nach einem Intermezzo bei der „Creative Zeiten Verlag und Vertrieb GmbH“ produziert („MR-Records“) und vertreibt Rouhs Tonträger über seine 1988 ge-

startete Zeitschrift „Europa Vorn“. Aus dem NRW-JN-Landesverband kommen auch der im Vertriebs- und Versandgeschäft tätige Dieter Koch („Dieter Koch Verlag“), Sprockhövel, und der Ende Juni dieses Jahres freiwillig aus dem Leben geschiedene ehemalige JN-Bundesgeschäftsführer Michael Prümmer (Buchdienst und Verlag). Im April wurden bei einer Razzia im württembergischen Hemsbach in den Wohn- und Geschäftsräumen von Alexander Feyen (21) und René Rodriguez-Teufer (23) über 1.000 Tonträger sichergestellt. Feyen gehört dem Landesvorstand der „Jungen Nationaldemokraten“ in Baden-Württemberg an und ist Stützpunktleiter im Rhein-Neckar-Kreis. Der im nahegelegenen südhessischen Viernheim beheimatete Rodriguez-Teufer war im Bundesvorstand der 1993 aufgelösten neonazistischen „Aktionspartei Nationalrevolutionärer Kameraden“ und steht inzwischen den JN nahe. Das für Organisation zuständige JN-Bundesvorstandsmitglied Jens Pühse betreibt in Freising den „Blitz-Versand“. Der Tonträgervertrieb des 25jährigen Pühse umfaßt viele Dutzend CDs der bekanntesten deutschen und ausländischen Bands der Szene. In Halstenbek nahe Hamburg führt der ehemalige FAP-Funktionär Glenn Goertz den „Nord-Versand“ (vgl. BNR 14/97).

Mittlerweile versucht übrigens auch der „Deutsche Stimme Verlag“ der NPD („Musiker und Bands aufgepaßt!“) in das Business mit dem wichtigen Propaganda- und Kommunikationsmedium einzusteigen.

Sönke Braasch

RECHTSDENKER

„Es ist endlich an der Zeit, den pathologischen Philosemitismus unserer Politiker... beim Namen zu nennen und darauf hinzuwirken, daß das Zusammenleben von Juden und Deutschen wieder in normale, gleichberechtigte Bahnen kommt. ...Das extensive Wiedergutmachungsbedürfnis stößt bei den Bürgern auf Unverständnis und fördert Rechtsradikalismus...“

(Aus dem Rundbrief der Berliner CDU-Mitglieder Georg Klaffus und Ortwin Kuhn, Unterzeichner der „Bürgerinitiative besorgter Bürger“, an alle CDU-Kreisverbände vom Mai d. J.)

Idyllisches Rentnerdasein an der Costa del Sol

Ein Platz an der Sonne

Unter der Sonne des Südens, im spanischen Marbella, an der Costa del Sol, genießt der Alt-Nazi Otto-Ernst Remer seit 1994 seinen Lebensabend. Dort wird der betagte Rentner am 18. August seinen 85. Geburtstag feiern können – dank regelmäßiger Rentenüberweisungen der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte und unbehelligt von der deutschen Justiz, die Remer zur Fahndung ausgeschrieben hat.

In den vergangenen Jahren wurde Remer von mehreren Gerichten wiederholt wegen Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhaß verurteilt. Offen leugnete er die Juden-Morde der Nazis und bezeichnete die Gaskammern der Vernichtungslager als Erfindung. Im Oktober 1992 verhängte das Landgericht Schweinfurt (AZ: 1 StR 193/93) dann aus gleichen Gründen gegen ihn eine Freiheitsstrafe von 22 Monaten ohne Bewährung; die Revision gegen dieses Urteil wurde vom Bundesgerichtshof verworfen. Dem Haftantritt im März 1994 entzog sich Remer und setzte sich mit tatkräftiger Unterstützung rechtsextremer Kreise im In- und Ausland nach Spanien ab.

„General Remer kämpft nun aus dem Exil“ – jubilierten Alt- und Neonazis nach dessen Flucht. Sie verehren ihn als eine braune Ikone. Remers Biographie spricht schließlich Bände: Als Kommandeur des Berliner Wachbataillons „Großdeutschland“ war er an der Niederschlagung des Aufstandes vom 20. Juli 1944 beteiligt. Hitler beförderte dafür den Ritterkreuzträger mit Eichenlaub postwendend zum Generalmajor. Nach der militärischen Niederschlagung des Dritten Reichs wurde Remer Mitbegründer und stellvertretender Bundesvorsitzender der 1952 vom Bundesverfassungsgericht verbotenen „Sozialistischen Reichspartei“ (SRP), die in ihrer Ideologie und Programmatik direkt an die verbotene NSDAP anknüpfte. Es folgten Jahre als Militärberater des ägyptischen Potentaten Nasser, danach war Remer für das autoritäre Regime in Syrien zugange. Zurück in der Bundesrepublik, gründete er die neonazistische „Deutsche Freiheitsbewegung“, ein Sammelbecken für Ewiggestrige und junge Wirt-

köpfe. Remers Ziel: „Diese Scheiß-Demokratie muß weg.“ Daneben widmete er sich der Herausgabe von Schriften mit antisemitischer Agitation. Nach und nach avancierte Remer zum führenden Entlastungshistoriographen der Nazis und setzte sich an die Speerspitze revisionistischer Geschichtsverfälscher. Bis zu seiner Flucht aus der Bundesrepublik führte Remer einen Propagandafeldzug in Sachen „Auschwitz-Lüge“.

Die Flucht des Auschwitzleugners nach Spanien lockte weitere Justizflüchtlinge auf die iberische Halbinsel. Die auflagenstarke Neonazi-Postille „Junges Franken“ hielt im Mai letzten Jahres fest: „In Spanien leben derzeit viele in anderen europäischen Staaten verfolgte Menschen, die wegen angeblicher Leugnung des Holocausts gesucht oder bereits verurteilt wurden.“ So haben sich u. a. der österreichische Hardcore-Neonazi Gerd Honsik und der Holocaustleugner Germar Rudolf dort niedergelassen. Auch der unlängst verstorbene Altnazi Thies Christophersen fand über Monate hinweg bei Gesinnungskameraden in Spanien Unterschlupf.

Zu Dank sind die Ewiggestrigen allesamt dem Nationalen Gerichtshof im Madrid verpflichtet, der schützend seine Hände über sie hält. Dieser hatte im Februar 1996 im Gegensatz zur spanischen Regierung entschieden, den justizflüchtigen Remer nicht auszuliefern. In der Begründung des Urteils heißt es, im spanischen Strafgesetz gebe es keine Entsprechung zum deutschen Delikt der „Aufstachelung zum Rassenhaß“ oder zur „Auschwitz-Lüge“. Der Urteilsspruch veranlaßte bundesdeutsche Neonazis zum Feiern. Das „Nationale Infotelefon Hamburg“ machte sich lauthals über die „Ohrfeige für die deutschen Musterdemokraten“ lustig und das „Nationale Infotelefon Rheinland“ kürte Remer zum „loyalsten Soldaten unseres Vaterlandes“.

Skandalös ist, daß Remer trotz seiner Flucht weiterhin eine Rente der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte bezieht. Seine Pensionsansprüche als Generalmajor hatte er wegen nationalsozialistischer Wiederbetätigung 1959 verloren. 15 Jahre später erhielt Remer durch einen Gnadenenerlaß des früheren Bundespräsidenten Walter Scheel rund sechzig Prozent des Ruhegehalts zurück, was Richard von Weizsäcker dann 1986 wegen Remers anhaltender antisemitischer Hetze widerrief. Seither bezieht der flüchtige Alt-Nazi eine Rente der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, bei der er nach dem endgültigen Pensionsverlust für seine Wehrmachtszeiten nachversichert wurde.

Anton Maegerle

Fluchthilfe für kroatische Faschisten?

Vatikan gerät in Beweisnot

Als im Frühjahr 1969 im Deutschen Bundestag zum ersten Mal über die endgültige Verjährung von Naziverbrechen diskutiert wurde, kam aus der konservativ-rechten Unions-Ecke der Ruf, nun müsse aber endlich Schluß mit dem Thema Nationalsozialismus sein. Seitdem blieb diese Forderung auf der Tagesordnung. Selbst Helmut Kohl schloß sich ihr öffentlich an, als er 1982 Bundeskanzler wurde. Mittlerweile hat Kohl erkannt, daß dies nicht mittels einer Forderung durchzusetzen ist. Die NS-Zeit ist eben noch lange nicht „bewältigt“, sie holt alle Beteiligten irgendwann ein – mal früher, mal später. Nun hat es den Vatikan erwischt. Obwohl spätestens seit 1988 durch eine Publikation des Kölner Bund Verlages bekannt ist, daß mit Hilfe des Vatikan schwerstbelastete NS-Verbrecher wie der Gestapochof von Lyon, Klaus Barbie, der Kommandant des Konzentrations- und Vernichtungslagers Treblinka, Franz Paul Stangl, der Erfinder der fahrbaren Gaskammern, Walter Rauff, und selbst Adolf Eichmann nach Übersee entkamen, nahm sich weder die Wissenschaft noch die Politik des Themas an. Nun freilich, da weltweit nach „Nazigold“ gesucht wird, ist auch der Vatikan ins Visier der Administration und der Publizistik geraten.

Im Nationalarchiv der USA wurde bei der Vorbereitung eines Dokumentarfilms ein Schreiben des US-Finanzministeriums aus dem Jahre 1948 entdeckt, aus dem sich ergibt, daß der Vatikan bei Kriegsende 200 Mio. Schweizer Franken von dem faschistischen Ustascha-Regime in Kroatien in Verwahrung genommen hat. Der Quelle zufolge handelte es sich bei den 200 Mio. Franken um einen Teil der 350 Mio. Schweizer Franken, die das Terrorregime der Ustascha 1941 in Jugoslawien beschlagnahmt hat.

In jenem Jahr hatte die NS-Regierung in Berlin beschlossen, einen Teil Jugoslawiens als „Kroatien“ der Ustascha zu überlassen. Eine der ersten Maßnahmen war der Raub von 350 Mio. Schweizer Franken aus der Staatsbank. Bis zum Sturz des Regimes unter Ante Pavelic im Jahre 1945 wurden Juden, Sinti, Roma und Serben Opfer des Ustascha-Völkermordes. Hunderttausende wurden umge-

bracht, eine Viertelmillion Serben vertrieben, eine weitere Viertelmillion moslemische Serben gezwungen, zum Katholizismus überzutreten. Daher rührte die enge Verbindung zum Vatikan, der am Ende des Regimes vielen Pavelic-Gefolgsleuten Fluchthilfe vor allem nach Südamerika leistete. Diese kostete Geld, dafür die 200 Mio. Schweizer Franken, deren Spur nun entdeckt wurde.

Pässe vom Roten Kreuz

Wer damals im Vatikan den erwähnten deutschen Spitzennazis half, ist bekannt. Es war der kroatische Bischof Alois Hudal, ein Anhänger des Ustascha-Regimes und zugleich ein fanatischer Kommunistenfeind. Den Namen des Kontaktmanns für die Ustascha-Leute wird man gewiß bald erfahren. Der Vatikan hat zwar auf Anfrage energisch bestritten, in die Nazigold-Affäre irgend verstrickt zu sein. Bei dem Dokument, so Vatikansprecher Joaquin Navarro-Valls, handle es sich um eine zweifelhafte italienische Quelle. Der Vatikan habe jedenfalls von dem Ustascha-Regime kein Geld akzeptiert.

Hunderttausende ermordet

Aber: an die Türen des Vatikan klopfen nun einflußreiche Leute, an ihrer Spitze US-Präsident Bill Clinton. Der hat soeben mitgeteilt: „Das Schatzministerium hat mir versichert, daß Historiker alle Dokumente durchgehen, und wir werden die entsprechenden Informationen öffentlich machen, wohin uns dies auch führen mag.“

Edgar Bronfman, der Präsident des einflußreichen Jüdischen Weltkongresses, hat den Vatikan aufgefordert, die Rolle der katholischen Kirche bei der Flucht von Nazis gen Südamerika zu untersuchen. In einem Zeitungsinterview sagte Bronfman, er würde gern mit Papst Johannes Paul II. die Frage erörtern, wie NS-Verbrecher mit Vatikan-Pässen Europa hätten verlassen können. Hier freilich irrt Bronfman. Die Pässe ausgestellt hat nämlich nicht der Vatikan, sondern das Internationale Komitee vom Roten Kreuz in seiner Außenstelle Genua. Die Fluchthilfe des Vatikan bestand, soviel man heute weiß, darin, die flüchtigen Schergen solange bei sich zu verbergen und zu betreuen, bis die Pässe ausgefertigt waren. Nach Lage der Dinge und dem Druck aus den USA dürfte der Kirchenstaat sich nun schwertun, seine Archive wie bisher hermetisch unter Verschuß zu halten.

Heiner Lichtenstein

Lübeck – Hochburg von Rechts-
extremisten und Neonazis?

Der Schoß ist fruchtbar

Die jüngste Anschlagserie in Lübeck hat die Stadt in ein „rechtes“ Licht gerückt. Immer wieder betonen Bürgermeister Michael Bouteiller und Vertreter der Landesregierung in Kiel, daß es in der Hansestadt keine überproportionalen rechtsextremistischen Aktivitäten gäbe. Ein Blick in das Archiv und Fälle der Gegenwart lassen an dieser Aussage Zweifel aufkommen.

Lübeck und die Neonazis – zum ersten Mal kam die Marzipanstadt Anfang der 80er Jahre in die Schlagzeilen, als sich im Stadtteil Moisling eine Neonazi-Clique „SA-Sturm Moisling“ nannte. Spätestens seit 1983 existierte in Lübeck auch eine ANS/NA-Kameradschaft (dabei u. a. Michael Jordt). Parallel dazu entwickelte sich in der Stadt des Holstentors eine starke Skinhead-Subkultur, über die die Polizei schon damals urteilte: „Die Gruppe vertritt eindeutig rechtsgerichtete Ziele und macht diese Einstellung durch ihr äußeres Erscheinungsbild sichtbar“. Immer wieder gab es Auseinandersetzungen mit Punks, Ausländern und politischen Gegnern. Die Polizei bildete daraufhin eine Sonderkommission, die sich fortan nicht über Mangel an Arbeit beklagen sollte. Schon 1984 verfolgte die SOKO 771 tatverdächtige Skins, wobei die meisten Beschuldigten Vielfachtäter waren. Hauptdelikt war stets Körperverletzung. Im Spätsommer 1983 kam es in Lübeck zu einem überregionalen Skintreffen mit rund 700 Teilnehmern aus dem gesamten Bundesgebiet. Auch die FAP als Nachfolgeorganisation der im Dezember 1983 verbotenen ANS/NA faßte in Lübeck schnell Fuß, sie verfügte sogar über ein Parteibüro in der Innenstadt. 1983 und 1987 wurde der jüdische Friedhof im Stadtteil Moisling geschändet – im zweiten Fall gab es dazu Farbschmierereien mit dem Schriftzug der FAP. 1988 wuchs die Zahl der Skins in der Ostseestadt noch einmal – die der Gewalttaten ebenfalls. 100 zum Teil bewaffnete Skinheads zogen beispielsweise gegen eine Juso-Veranstaltung im April auf. Ein Eskalieren der Gewaltspirale zeigte sich auch darin, daß Polizeibeamte jetzt ebenfalls Opfer brutaler Skinattacken wurden. Anfang der 90er Jahre bilanzierte das Innenmini-

sterium in Kiel: Lübeck sei Hochburg der Skinheads im Lande mit rund 190 Anhängern. Durch Verbrüderungen mit Skins anderer Orte wachse ihre Zahl noch an.

Ein brennendes Fanal

Dann der 25. März 1994: Zum ersten Mal nach der Nazizeit brennt in Deutschland wieder eine Synagoge – in Lübeck waren Brandstifter am Werk. Die vier Täter wurden gefaßt: Stephan Marcus Westphal, Nico Trapiel, Dirk Brusberg und Boris Sven Holland-Moritz. Westphal orderte massenweise DVU-Material und verteilte es, wie er vor dem Oberlandesgericht Schleswig beim Prozeß 1995 zugab, im Bekanntenkreis. Das Quartett wurde zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. Am 7. Mai 1995 brennt die Synagoge erneut – ein Arbeitsloser wird als Beschuldigter ermittelt, dann aber wieder auf freien Fuß gesetzt. Am 13. Juni des Jahres geschieht dann Unfaßbares im Rathaus: Eine Briefbombe, gerichtet an den stellvertretenden Bürgermeister Dietrich Szameit (SPD) explodiert und verletzt den SPD-Fraktionsgeschäftsführer Thomas Rother schwer. Szameit hatte das Urteil im Synagogenprozeß als noch zu milde kritisiert. Am 18. Januar 1996 brennt die Asylbewerberunterkunft in der Lübecker Hafenstraße. Der Fall ist bis heute ungeklärt. Seitdem ist die Stadt nicht mehr zur Ruhe gekommen.

Das Jahr 1997: Am 16. Januar finden sich Hakenkreuzschmierereien an der St.-Jürgen-Kapelle; ebenfalls am 16. Januar werden Hakenkreuze am Haus des nordelbischen Bischofs Karl-Ludwig Kohlwege geschmiert. Zudem erhält seine Frau einen Drohanruf: Wer für Schwarze einstehe, dem stecke man das Haus über dem Kopf an, sagte eine Stimme. Kohlwege hatte sich für ein Bleiberecht der Asylbewerber aus der Hafenstraße ausgesprochen. Am 26. Februar wird auf dem Grundstück des Bischofs eine Gartenlaube angezündet. Die Täter hinterlassen abermals Hakenkreuze. Das Fanal gegen Gotteshäuser ging weiter: Am 25. Mai wurde die katholische Vicelin-Kirche im Stadtteil St. Jürgen durch Feuer zerstört. Ein 19jähriger gesteht die Tat. An die Kirchenfassade wurde von Mittätern der Name des Lübecker Pastors Günter Harig gesprüht. Dieser gewährte einer algerischen Familie Kirchenasyl. Am 25. Juni werden die St. Jakobi-Kirche und das 300 Meter entfernt gelegene Büro des Schriftstellers Günter Grass mit Hakenkreuzen bemalt. Wieder taucht der Name „Harig“ auf. Nur vier Tage später richtet ein Brandanschlag auf dem Kirchenbüro der St. Augustinus-Gemeinde nur gerin-

gen Sachschaden an. Dazu prangert die Parole „Harig, wir kriegen dich“ an der Fassade. Hakenkreuze fehlen auch diesmal nicht. Am 12. Juli wurde das vorerst letzte Feuer gezündet, das in diesen Zusammenhang gehört. Ein Holzschuppen der Luthergemeinde Moisling, in der gerade eine Ausstellung über vier von den Nazis ermordete Geistliche spielte, ging in Flammen auf.

Der Gauleiter der „Wiking-Jugend“

Der „Bodensatz“ für solche Täter ist in Lübeck vorhanden. Dies zeigt auch ein Blick auf die Wahlergebnisse 1992 und 1994. Bei den Landtagswahlen '92 erreichte die DVU aus dem Stand in den vier Lübecker Wahlkreisen zwischen 8,1 und 9,8 Prozent. Zwei Jahre später bei den Kommunalwahlen lagen die „Republikaner“ in Lübeck bei 4,1 Prozent – landesweit das beste Resultat. 1996 holte die DVU in Lübeck wieder 6,3 Prozent bei den Landtagswahlen – in „Problemstadtteilen“ sogar mehr – der Wiedereinzug in das Kieler Parlament scheiterte allerdings an den landesweiten 4,3 Prozent.

Die Ziehväter bei den Lübecker „Republikanern“ waren die teilweise noch heute aktiven Heinz Bittehn, Horst Porath und Thomas Schröder. Beruflich rekrutierte sich die REP-Anhängerschaft auch auffallend stark aus Bundesgrenzschutz- und Polizeikräften. Nach seinem „Gastspiel“ bei den REP lenkte der 41jährige Schröder den „Arbeitskreis für deutsche Politik“ – ein Sammelbecken und Diskussionsforum für Rechtsextremisten unterschiedlicher Herkunft. Seit zweieinhalb Jahren ist der ehemalige BGS-Ausbilder vom Dienst „beurlaubt“. Noch immer läuft ein Disziplinarverfahren gegen ihn. Die Bezüge hat man ihm nach Angaben des Bonner Innenministeriums jedenfalls nicht gestrichen bzw. reduziert.

Die NPD-Köpfe der Stadt waren Reinhard Dutschke (JN) und bis zum heutigen Tag Ulrich Schwetasch. Er wechselte inzwischen das Lager: Über die DVU, DLVH landete er jetzt beim „Bündnis rechts für Lübeck“. Für diese Organisation meldete er jedenfalls am 31. Mai 1997 eine Demonstration in der Marzipanstadt unter dem Motto „Kirchenasyl – Wider Gesetz und Recht!“ an, die verboten wurde. Zeitgleich meldete für die NPD Jürgen Gerg eine Kundgebung an unter der Parole „Arbeitsplätze zuerst für Deutsche“. Auch diese Veranstaltung wurde untersagt. Zuletzt tauchen Gerg und Schwe-

tasch übrigens als „Saalschützer“ am 21. Juni bei einer „Republikaner“-Veranstaltung mit Dr. Richard Eckert (Ex-MdL REP Baden-Württemberg) im Stadtteil Moisling auf.

Direkt nach dem Anschlag auf die Vicelin-Kirche meldete sich auch der bekannte Neonazi Thomas Wulff aus Hamburg mit einem Flugblatt des „Nationalen und Sozialen Aktionsbündnis Norddeutschland“ zu Wort. Er greift in seinem Pamphlet Harig und Bürgermeister Bouteiller an und endet in der Forderung „Schluß mit der Kriminalisierung der Nationalen Opposition“. Das Flugzeug wurde gezielt rund um die St. Vicelin-Kirche verteilt!

BGS-Ausbilder „beurlaubt“

Und auch das ist/war Lübeck: 1985 wird man das erste Mal auf Reinhard Leichert, Beamter im „Amt für Denkmalpflege“, aufmerksam. In seinem damaligen Heimatort Bönebüttel-Husberg (Kreis Plön) war er Organisator einer Sonnenwendfeier am 21. Juni. Dabei redete er sich später heraus, es sei nicht, wie berichtet, ein Treffen der „Wiking-Jugend“ gewesen, sondern vom „Bund Heimattreuer Jugend“ – diese Organisation war damals allerdings ebenso verfassungsfeindlich. Im November 1994 rückt Leichert dann wieder ins Rampenlicht: Die „Wiking-Jugend“ wird bundesweit verboten und er wird von den Innenbehörden als „Gauleiter Nordmark“ titulierte. Bei einer Hausdurchsuchung auf seinem Anwesen in Großsteinrade bei Lübeck werden die Staatsschützer auch fündig. Auf dem Grundstück war ein Bundeswehr-Kübelwagen geparkt sowie Leicherts Kfz mit DVU-Aufkleber. Zudem zu sehen: Ein großer Findling (Stein) mit Odalsrune und der verbotenen Wolfsangel. Knapp drei Jahre sind inzwischen vergangen, dienstrechtliche Konsequenzen hat Leichert bislang nicht zu spüren bekommen.

Überhaupt die Stadtverwaltung: Im Februar 1992 tauchte in Nordrhein-Westfalen ein rechtsextremes Blatt mit dem Titel „Neues Deutschlandlied“ auf. Auf den Kopien des Hetzpapiers war der Ausdruck „Hansestadt Lübeck, Amt 50“ zu erkennen. Nachforschungen dazu liefen bisher ins Leere. Das „Lübecker Bündnis gegen Rassismus“ enttarnte jetzt Dieter Kern von der NPD als Umweltschutztechniker im Amt der Hansestadt. Kern war im März 1996 aufgefallen, als er einen Propagandastand der DLVH mitbetreute. Er räumte ein, beim Aufmarsch des „Freiheitlichen Volks Blocks“ am 24. Mai 1997 in Bad Segeberg dabei gewesen zu sein, berichtet das schleswig-holsteinische Publikation „Enough is enough“.

Horst Freires

DOKUMENTATION

Rechtes Liedgut auf dem Index

Die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften hat in dem Zeitraum Januar 1995 bis erstes Halbjahr 1997 (Stand: 30. Juni 1997) insgesamt 41 Tonträger mit rechtsextremistischen, gewaltverherrlichenden Inhalten auf den Index gesetzt. Betroffen waren davon die nachstehend dokumentierten CDs, MCs oder LPs:

- Alles für Doitschland (CD), Gruppe „Volkszorn“, Vertrieb unbekannt (April 1995)
- Auslese (CD), Frank Rennicke, Ehningen (Juli 1996)
- Barbecue in Rostock (CD), „No Remorse“, I.S.D. (März 1997)
- Berlin bleibt Deutsch (CD), „Landser“, unbekannt (März 1997)
- Breslau (CD), „Commando Pernod“, unbekannt (September 1996)
- Das III. Reich 1 (CD), Reichsmusikkammer V.T., Helsinborg/Schweden (März 1996)
- Demo 1 (MC), „Bollwerk“, Hass Attacke Fanzine W.R. Sebnitz (Februar 1995)
- Demo 92 (MC), „Diktator“, unbekannt (Februar 1995)
- Demo 93 – Wir woll'n Spaß (MC), „Sturmflagge“, unbekannt (Februar 1995)
- Der Endsieg wird unser sein (MC), Sturmflagge, unbekannt (Februar 1995)
- Deutsche Volksmusik (CD), „Obersalzbergtrio“, unbekannt (April 1995)
- Die Deutschen kommen (LP), Rock-O-Rama Records, Brühl (Juli 1995)
- Die Geschichte der SA (CD), Teil 2, E. Hocheder, Düsseldorf (Januar 1997)
- Die letzten Helden (CD), „Wotan“, Rock-O-Rama-Records, Michael Hambüsch, Koblenz (April 1995)
- Einigkeit und Recht und Freiheit (CD) Teil 1 und 2, Rede vor dem Reichstag am 28. April 1939, E. Hocheder, Düsseldorf (Januar 1997)
- Einigkeit und Recht und Freiheit (LP), Hitlers Antwort an den Präsidenten Roosevelt, Rede vor dem Reichstag am 28. April 1939, Teil 1 und 2, Teil 3 und 4, E. Hocheder, Düsseldorf (Juni 1996)
- Ein Spitzenfest (MC), „Sturmflagge“, unbekannt (Februar 1995)
- Fremd im eigenen Land (MC), „Sturmflagge“,

- unbekannt (Februar 1995)
- Front Line Fighter (CD), „Open Season“, NS Records, Vesterbrogade/Dänemark (April 1997)
- Häßlich (MC), „Böhse Onkelz“, unbekannt (August 1995)
- Hammer Hart (CD), „Märtyrer“, Rock-O-Rama-Records, Brühl (Juni 1995)
- Hier spricht Hans Fritzsche (CD), Teil 1 und 2 der Reihe „Documentary Series“, E. Hocheder, Düsseldorf (Januar 1997)
- Hier spricht Hans Fritzsche (LP), Teil 1 und 2 sowie 3 und 4 der Reihe „Documentary Series“, E. Hocheder, Excelsior Schallplatten, Düsseldorf (Mai 1996)
- Ich bin nicht modern.. Ich fühle deutsch (CD), Frank Rennicke, Ehningen (März 1997)
- Ich bin nicht modern.. Ich fühle deutsch (MC), Frank Rennicke, Ehningen (Mai 1997)
- Im Namen des Volkes (CD), „Volkszorn“, WCR/Belgien (März 1996)
- Kampfhandlung (MC), „Elbsturm“, unbekannt (Februar 1995)
- Lieder gegen die Zensur – Schutt (MC), Frank Rennicke, Ehningen (Juli 1995)
- Lieder zum mit- und nachsingen und -spielen (CD), „WAW-Kampfkapelle“, unbekannt (August 1996)
- Now it begins – Jetzt geht's los (CD), „Kraftschlag“, B+N Records, Verona/Italien (August 1996)
- NSDAP (CD), „Macht und Ehre“, NS Records, Vesterbrogade/Dänemark (März 1997)
- Nur für Euch (CD), „A.d.F.“, V-2 Merchandise, Vesterbrogade/Dänemark (April 1997)
- OI Dramz (CD), „OI Dramz“, Rock-O-Rama Records, Brühl (Juni 1995)
- Raritäten 1983-1994 (CD), „Endstufe“, Victory Records (Juni 1997)
- Republik der Strolche (CD), „Landser“, unbekannt (September 1996)
- Schutt und Asche (LP), „Nahkampf“, Rebelles Europeens, Brest Cedex/Frankreich (August 1995)
- Skinheads (MC), „Standarte“, Aryan Tape Service, Gent/Belgien (April 95)
- Skinheads (Sampler) (MC), „Reichsfront“, Radikahl“ und „Proissens Soie“, Aryan Tape Service, (April 1995)
- Volkssturm 93 (MC), „Macht & Ehre“, unbekannt (April 1995).

(Quellen: BPjS-Aktuell 3/97, Bundestagsdr. 13/4222 v. 26.3.1996 und 13/7863 v. 5.6.1997)

ZEITSCHRIFTENSCHAU

**Periodika der
extremen Rechten**

„Nation+Europa“ (NE) – 47. Jg., Nr. 7-8/97:
Neben dem Euro-Thema in gewohnt negativer Tendenz werden amerikanische Hegemoniegefahren beschworen. Dies sei aber nicht eigentlich amerikanischem Wunsch entsprungen, sondern Europa, in Sonderheit Deutschland, verweigerte sich – Beispiel Bosnien – seiner Verpflichtung in der Welt. In leicht gegenläufiger Tendenz mahnt Felix Buck, die von den USA betriebene NATO-Erweiterung diene der Zementierung europäischer Unselbständigkeit. Wolfgang Strauß beschwört das Gespenst der historischen Einkreisungsangst Rußlands, vor allem die Bedrohung durch Polen, die die Gefahr eines dritten Weltkriegs in sich trage. Im übrigen dient das Blatt zunehmend dem Ex-REP-Vorsitzenden Franz Schönhuber zur Selbstbespiegelung. In larmoyantem Ton läßt er wissen, daß er zu DM 9 500 Mark Geldstrafe verurteilt worden sei, weil er die Bundesrepublik einen Unrechtsstaat genannt habe. Er trägt es tapfer als seinen „Tribut an unsere Geschichte“. Logische Folgerung daraus: wir befinden uns in einer Sinnkrise. Von dort schafft er mühelos den Übergang, sich über „Bespitzelung“ von Scientology zu erregen und zu fragen, was wäre, wenn jemand die CSU bespitzele. Soll uns Klatsch hinter dem Raunen vermittelt werden, „zumindest die Schlafzimmer sollten die letzten Refugien der Menschen sein, auch der ‚Verfassungsfeinde‘ bleiben.“ An seinen Nachfolger als REP-Vorsitzenden ergeht die Aufforderung, „endlich eindeutige Beziehungen zum Front National“ aufzunehmen. „Letztlich sind wir gemeinsam an die Rudersitze der gleichen Sklaven-Galeere angeketet.“ Da fügt sich das Jammern über rechte Neugründungen – „Partei der Heimatvertriebenen und Entrechteten“ (PHE), die wir als BHE schon einmal hatten, und das „Führungsvakuum“, dem Alfred Mechtersheimer (der neue Führer?) mit seiner Deutschland-Bewegung tapfer begegne. Der Mitteilung von Personalschwund bei den bayerischen REP (Bärbel Bannert und Klaus-Peter Seifert) wird mit dem Appell des REP-Schiedsgerichts zu „Einheit und Versöhnung“ begegnet. Aus Südafrika berichtet man von einer Demonstration für Meinungsfreiheit in Deutschland. Wolf Rüdiger Heß will zum 10. Todestag seines Vaters wissen, was in Spandau wirklich passierte.

„Junge Freiheit“ (JF) – 12. Jg., Nr. 30,31-32/97:
Militante Organisationen wie IRA oder ETA in „zentralistisch regierten Staaten“ sind angeblich Antwort auf die Ignoranz der Politiker gegenüber den „Völkern und Volksgruppen“ – als ob eine Terror-Organisation wie die ETA ohne den Rückhalt der baskischen Nationalisten existieren könnte (30/97). Generalleutnant a. D. Franz Uhle-Wettler weiß bei der geplanten Osterweiterung der NATO Deutschland in „wohlwollender Gefangenschaft“ an „einer langen, eisernen Kette“ Washingtons. Der deutsche Sprachraum werde dadurch von der „Ostsee bis fast zur Adria nach Osten“ abgegrenzt. Die Landnahme drohe mithin durch die dann ermöglichte „Stationierung tschechischer und polnischer Soldaten“ (30/97). Der CDU-Politiker Peter-Michael Diestel hat bekanntlich Ambitionen auf den brandenburgischen CDU-Landesvorsitz und erläutert dies auch im Interview mit der JF. Der diffamierende Bericht über die Einweihung eines Mahnmals für die Opfer des Nationalsozialismus in Bonn entlarvt die wahre Gesinnung der JF-Autorin und -Redaktion. Klaus Motschmann geißelt den „ideologischen Kampf der Kirchen“ zur Ausländer- und Asylpolitik (30/97). Zu „Glauben, Begeisterung, Hingabebereitschaft und Solidarität“ an und für die Nation mahnt Karlheinz Weißmann (31-32/97). Ein Fall von „politischer Justiz“ stellt für die JF die Gerichtsentscheidung dar, die dem rechtsextremistischen Arndt-Verlag untersagte, für das Pamphlet „Dokumente polnischer Grausamkeiten“ mit dem Auswärtigen Amt als angeblichen Auftraggeber zu werben. Bericht über den Parteitag der Südwest-Republikaner am 19. Juli. Für Christian Käs, wiedergewählter Landesvorsitzender, ist die Rückführung der Bosnienflüchtlinge eines der derzeit zentralen Themen. Befragt im Interview sieht Käs neuen Wind für die REP. Durch die drückenden gesellschaftlichen Probleme sei die „Hemmschwelle für ein offenes Bekenntnis“ zu den REP gesunken. Bedauern klingt an, daß rechte und rechtsextreme Parteien konkurrierend zu den Bürgerschaftswahlen in Hamburg antreten und sich damit selbst untereinander die Stimmen wegnehmen würden. Die Schweiz mit ihren von den Medien sekundierten „Selbstzerfleischungsaktionen“ hinsichtlich des Verhaltens gegenüber Nazi-Deutschland wird als Opfer „ausländischer Attacken und jüdischer Geldforderungen“ dargestellt. Auch die Einrichtung der Solidaritätsstiftung sei als Reaktion auf eine (jüdische?) „Erpressung“ zu verstehen (31-32/97).

Braune rüsten auf: **Zum zehnten Mal Rudolf Hess**

Der Auftakt zum diesjährigen „Rudolf-Hess-Gedenken“ hat bereits am 19. Juli stattgefunden. Die „Karlsruher Kameradschaft“ reiste mit 45 Mannen, so ein Bericht der „Süddeutschen Zeitung“, zum Obersalzberg an. Unter den von der Polizei kontrollierten und aufgehaltenen Rechtsextremisten befanden sich 28 Personen, die der Polizei als der Neonazi-Szene zugehörig bekannt sind. Prominentester unter ihnen war der ehemalige Bundesvorsitzende der 1995 verbotenen „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ (FAP), Friedhelm Busse (68). Im Omnibus wurde ebenso Propagandamaterial beschlagnahmt. Darunter fanden sich auch 500 Stück des vom „Nationalen Widerstand“ in Karlsruhe vertriebenen farbigen Aufklebers anlässlich des zehnten Todestages von Hitler-Stellvertreter Hess („Rudolf Hess vor zehn Jahren ermordet. Auf zum Gedenkmarsch im August 1997“). Die Polizei hinderte die „Karlsruher Kameradschaft“ dann an der Weiterreise zum Obersalzberg. Stattdessen begaben sich die Neonazis nach Putzbrunn (Landkreis München), um sich dort mit weiteren Rechtsextremisten zu einer Veranstaltung zu treffen.

In der aktuellen Ausgabe der von der „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG) herausgegebenen HNG-Nachrichten wird auf die Aktionswoche anlässlich des zehnten Todestages von Hess hingewiesen. Vom 8. bis zum 17. August eventuell sogar bis zum 23. August, so das „Nationale Infotelefon Mitteldeutschland“ (NIT), sollen verschiedene Aktionen durchgeführt werden. Für die Mobilisierung sind die „Nationalen Infotelefone“ Rheinland und Mitteldeutschland sowie weitere „Sonder“-NITs vorgesehen. Verantwortlich für die Organisation der Aktivitäten ist das „Aktionskomitee Rudolf Hess“. Eine zentrale bundesweite Kampagne ist für den 16. August geplant. Nähere Auskünfte über Ort, Uhrzeit und sonstige Modalitäten erteilt zu gegebener Zeit ein „Sonder“-NIT Sauerland. Im vergangenen Jahr fand am 17. August ein Aufmarsch in Worms statt. Damals arbeiteten die „Jungen Nationaldemokraten“ mit militanten Neonazis zusammen. Ein Bündnis, das sich in diesem Jahr erneut bewähren muß.

S. B.

HINWEIS

Fluchtpunkt Shanghai

Berlin – Am 21. August 1947, vor fünfzig Jahren, kehrten 295 jüdische Berliner/innen aus ihrem Exil im fernen Shanghai wieder in ihre Stadt zurück, aus der sie vor den Nazis geflohen waren. Nach dem Novemberpogrom von 1938 bedeutete die beschwerliche Flucht nach Shanghai für Abertausende deutsche und österreichische Juden die einzige Rettung vor den braunen Schergen. Die Rückkehrer wurden nach ihrer Ankunft vom stellvertretenden Berliner Oberbürgermeister Dr. Friedensburg im Aufnahmelager in Reinickendorf begrüßt. Nicht zuletzt ging von dieser Rückwanderung ein wichtiger Impuls für das Fortbestehen der jüdischen Gemeinde in Berlin aus.

Aus Anlaß dieses wichtigen Ereignisses findet in der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz vom 20. bis 22. August ein öffentliches Symposium mit dem Thema „Das Ende des Exils in Shanghai. 50 Jahre nach der Rückkehr von 295 NS-Verfolgten nach Berlin“ statt. In Zeitzeugengesprächen und Referaten werden Kenntnisse über die Bedingungen des Exils in Shanghai, das Leben im Ghetto von Hongkew, eines Stadtteils von Shanghai, sowie die Motivationen und Wege der nach Shanghai geflüchteten Menschen vermittelt. An der öffentlichen Veranstaltung nehmen auch ehemalige Berliner/innen, die nach dem Exil in Shanghai in die USA und Australien ausgewandert sind, sowie internationale Shanghai-Forscher teil.

Eröffnet wird das dreitägige Symposium, Veranstalter ist das Aktive Museum, am Mittwoch, den 20. August 1997 durch die Bürgermeisterin von Berlin, Christine Bergmann. Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz, Am Großen Wannsee 56-58, 14109 Berlin, Tel. 030/8050010.

Im Jüdischen Museum im Stadtmuseum Berlin ist ebenso noch bis 24. August die seit 4. Juli gezeigte Ausstellung „Leben im Wartesaal - Exil in Shanghai 1938-1947“ zu sehen. Jüdisches Museum, Martin-Gropius-Bau, Stresemannstraße 110, 2. Obergeschoß, 10963 Berlin

Der 20. Juli 1997:

Dem Gedenken Georg Elzers

Am 20. Juli jährte sich zum 53. Mal der Jahrestag des Attentats auf Hitler. Am 20. Juli 1944 hatte Claus Graf Schenk von Stauffenberg, Chef des Stabes beim Befehlshaber des Ersatzheeres, eine Bombe im Führerhauptquartier „Wolfsschanze“ im damaligen Rastenburg/Ostpommern gelegt. Sein Arbeitszimmer, die Zentrale des Umsturzversuches, befand sich im Bendlerblock in Berlin-Tiergarten, dem Sitz des Allgemeinen Heeresamtes, heute Sitz der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, die von den engagierten Wissenschaftlern Peter Steinbach und Johannes Tuchel geleitet wird.

Nach dem gescheiterten Attentat und dem erzwungenen Freitod von Generaloberst Ludwig Beck wurden im jetzigen Ehrenhof der Gedenkstätte noch in derselben Nacht Oberst Stauffenberg, General Friedrich Olbricht, Oberstleutnant Albrecht Ritter Mertz von Quirnheim und Oberleutnant Werner von Haeften erschossen.

Seit Berlins regierender Bürgermeister Ernst Reuter (SPD) 1952 an dieser Stelle den Grundstein für das Denkmal gelegt hat, ist der 20. Juli Synonym für diesen Widerstand. Alljährlich wird auf mehreren Gedenkveranstaltungen von Bundesregierung und Senat, Opfer- und Verfolgtenverbänden (Stiftung 20. Juli 1944, Zentralverband Demokratischer Widerstandskämpfer- und Verfolgtenorganisationen e.V. und Union Deutscher Widerstandskämpfer und Verfolgtenverbände e.V.) der hingerichteten Widerstandskämpfer gedacht. Die Tradition der jährlichen Gedenkfeiern in der Stauffenbergstraße (Bendlerblock) und auf dem Gelände der einstigen Hinrichtungsstätte des Strafgefängnisses Plötzensee, wo von 1934 bis 1945 etwa 2 500 Menschen durch die Guillotine oder den Strang zu Tode kamen, darunter allein 89 Widerstandskämpfer vom 20. Juli 1944, wurde am 10. Jahrestag durch Bundespräsident Theodor Heuss (FDP) begründet. Bis 1984 waren Bonn und Berlin die zentralen Orte des Gedenkens. 1984 konzentrierte Richard von Weizsäcker (CDU) die Gedenkveranstaltungen nach Berlin.

Ganz besonders wurde am diesjährigen 20. Juli des schwäbischen Handwerkers Georg Elser gedacht. Der deutsche Widerstand steht 1997 im Zeichen des Schreiners, der mit der Ausstellung „Ich habe den

Krieg verhindern wollen“ - Georg Elser und das Attentat vom 8. November 1939“ in der Gedenkstätte geehrt wird. Elser hatte versucht, Hitler durch ein Attentat am 8. November 1939 im Münchner Bürgerbräukeller zu töten und so die Ausweitung des am 1. September 1939 von Deutschland begonnenen Krieges zu verhindern. Elser, der noch am gleichen Tag im badischen Konstanz kurz vor der Flucht in die Schweiz festgehalten wurde, wurde am 9. April 1945, wenige Tage vor der Befreiung des Konzentrationslagers Dachau, ermordet. Den 36jährigen Elser verhaftete der damals 26jährige Grenzsicherer und Rottenführer des „Nationalsozialistischen Kraftfahrkorps“ (NSKK), Waldemar Zipperer. Zipperers Werdegang nahm durch die Verhaftung von Elser einen erfolgreichen Verlauf. Ausgezeichnet mit dem Zollgrenzschutz-Ehrenzeichen und einem Geldpräsent, avancierte der Elser-Häschler zum Unteroffizier und Offiziersanwärter. Nach 1945 machte sich Zipperer als Autohändler im badischen Offenburg einen Namen und stieg dort rasch in den Kreis der örtlichen Lokalprominenz auf. Für „besondere Leistungen“ wurde Zipperer 1978 auf Vorschlag des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Lothar Späth (CDU) mit dem „Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland“ ausgezeichnet.

Die Ausstellung, die noch bis zum 20. Dezember 1997 in der Gedenkstätte zu sehen ist, zeigt eine Vielzahl bisher unveröffentlichter Materialien. Zu sehen sind u. a. Bilder aus Privatbesitzen, die den Menschen Georg Elser in seiner Herkunft und seinem lebensgeschichtlichen Kontext zeigen; behandelt werden Planungen für das Attentat ebenso wie Elzers Diffamierung nach 1945. Erstellt wurde die Ausstellung in Kooperation mit dem Georg-Elser-Arbeitskreis in Heidenheim und der Heimatgemeinde von Elser, Königsbrunn, wo die Ausstellung später als Dauerleihgabe gezeigt werden wird.

Öffnungszeiten der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Stauffenbergstraße 13/24, 10785 Berlin, Tel. 030/2654-2202, Fax: 030/2654-2230: Montag bis Freitag 9 bis 18 Uhr, Samstag und Sonntag 9 bis 13 Uhr. Die Gedenkstätte Deutscher Widerstand ist seit Dezember 1996 auch im Internet vertreten: <http://www.kulturbos.de/GDW>

Auf mehr als 300 Seiten können sich Interessierte dort über die Gedenkstätte selbst und ihre Angebote informieren. In Arbeit ist ein virtueller Rundgang durch die Dauerausstellung „Widerstand gegen den Nationalsozialismus“.

Anton Maegerle

BÜCHERSCHAU

Ausstieg, Lügen und Scientology - Drei neue Bücher

Die Scientology-Organisation wird mittlerweile von den Verfassungsschutzbehörden überwacht. Ein Grund mehr, sich näher mit dem extremistischen Psycho-Konzern zu befassen. Gleich drei Bücher zum Thema sind neu auf dem Markt.

„Wie kann ein gebildeter Mann auf einen solchen Unsinn hereinfallen, wie kann sich ein intelligenter Mensch zum willenlosen Werkzeug abrichten lassen, ohne sofort zu protestieren?“ Diese Frage stellt Norbert Potthoff am Anfang seines Taschenbuches „Im Labyrinth von Scientology“. Er beantwortet sie auf rund 300 Seiten.

1981 bekam der ehrgeizige Werbegrafiker einen lukrativen Auftrag – von einem Scientologen. Nach anfänglicher Skepsis gegenüber Ideologie und „Technik“ der Anhänger von L. Ron Hubbard wird er schnell zu deren Verfechter. Rasant ist sein Aufstieg in der noch jungen Organisation. Er beschreitet seinen Weg auf der „Brücke“ und läßt seine Frau zurück. Sein Leben spielt sich künftig fast nur noch „in Scientology“ ab. Er läßt sich scheiden, heiratet bald darauf eine Scientologin. Potthoff wirbt neue Mitglieder, wird zum „leitenden Direktor für Öffentlichkeitsarbeit und Verbreitungsstrategien“ der Düsseldorfer Scientology-Filiale. In der europäischen Zentrale in Kopenhagen lernt er jedoch auch die andere Seite von Scientology kennen: Zuckerbrot und Peitsche, Straflager, interne Unterlagen. Nach sieben Jahren als Scientologe steigt er aus. Rund zwei Jahre braucht Potthoff, um die Zeit und die Eindrücke zu verarbeiten. Seit 1989 macht Potthoff als einer der ersten prominenten Aussteiger von sich reden, der seitdem in vorderster Front der Kritiker-Szene steht.

Er beschreibt seine Gefühls- und Lebenssituation, das „Auditing“. „Mir war rasch klar, daß ich nicht einfach die Tür zu Scientology zuschlagen konnte, um zur Tagesordnung überzugehen. Scientology hatte mein Leben nachhaltig verändert“, betont Potthoff. So dauerte

es sieben Jahre, bevor er seinen sehr persönlichen Bericht schrieb. Allerdings veränderte er darin die Namen der Beteiligten „aus persönlichkeitsrechtlichen Gründen“. Scientology und seine Ex-Frau Margit Potthoff, die im Buch „Sabine“ heißt, sind da weniger zimperlich: Sie verbreiten „schwarze Propaganda“ gegen den Autoren.

Auch der bisher einzige wirkliche Top-Aussteiger, Gunter Träger, hat in die Tasten gegriffen: Gemeinsam mit Ursula Caberta, der Leiterin der bei der Hamburger Innenbehörde angesiedelten „Arbeitsgruppe Scientology“, legt er den Band „Scientology greift an“ vor. Darin erläutert Träger verschiedene Trainings, Kurse und Grade. Der Journalist und PR-Berater mit glänzender Karriere stieg auch in Scientology auf. Er brachte es bis zum Mitglied des „New Civilisation Org Board“. Die Leitungsgruppe sollte die „Neue Zivilisation“ errichten – nach der Machtübernahme der Hubbard-Anhänger. Die sollte nur noch fünf bis 15 Jahre auf sich warten lassen, glaubte man Anfang der 90er Jahre. In Planspielen wurden schon mal die Posten verteilt – vom Bundeskanzler bis zum Außenminister. Solche Internas machen das Buch spannend, sonst gibt es viel Bekanntes. Ursula Caberta blickt ebenfalls zurück – auf Ihre Arbeit als Scientology-Kritikerin. Außerdem nimmt sie den von ihrer früheren Kampfgefährtin Renate Hartwig hingeworfenen Fehdehandschuh auf. Wem nützt es? Neben lange Bekanntem kann auch „Das Beispiel Helnwein: Die Funktion von Prominenten in Scientology“ kaum hinter dem Ofen hervorlocken.

Zu diesem Thema hat nämlich dessen früherer Berater, Peter Reichelt, jetzt ein spannendes, informatives und umfangreiches Werk vorgelegt: „Helnwein und Scientology. Lüge und Verrat“ heißt das 489 Seiten starke Buch, das detailliert und faktenreich die Aktivitäten Helnweins und seines Umfeldes für Scientology dokumentiert. Ein Buch, bei dem man wünschte, daß Bundestagspräsidentin Antje Vollmer und Talkmaster Alfred Biolek zur Pflichtlektüre verdonnert werden. Nach der Lektüre müßten sich die beiden „Weißwäucher Helnweins“ eigentlich öffentlich schämen und bei Kritikern, wie zum Beispiel Ursula Caberta,

entschuldigen.

Reichelt dokumentiert Helnweins Weg in Scientology vom Wiener „Zentrum für Kunst und Kommunikation“ (ZKK) bis zu seinen Aktivitäten in Burgbrohl (Deutschland). Er listet die von der Familie Helnwein absolvierten Kurse und Grade auf, schätzt, daß die Helnweins zwischen 1972 und 1995 rund 1,6 Millionen Mark an Scientology „gespendet“ haben. Der Nicht-Scientologe Reichelt erläutert – mit Hilfe von SC-Aussteigern und internem Material – die OT-Stufen und verschiedene SC-Unterorganisationen. Er berichtet von Straflagern und Helnweins „Wissensbericht“ über ein befreundetes Ehepaar.

Der Autor wirft seinem früheren Geschäftspartner Prozeßbetrug und die Abgabe falscher eidesstattlicher Versicherungen vor. Das die schriftlichen Aussagen Helnweins „zur Vorlage bei Gericht an Eides Statt“ nicht mit Fak-

ten übereinstimmen, weist Reichelt durch Dokumente eindrucksvoll nach. Auch wenn Reichelt seitenlang die Recherchen anderer Journalisten zitiert oder seit langem bekannte Aussagen, zum Beispiel von Andre Tabayonyon, wiedergibt, ist „Helnwein und Scientology“ ein empfehlenswertes Buch, das einen umfangreichen Einblick hinter die Fassade der Scientology-Organisation gibt – und deren prominenten Anhänger Gottfried Helnwein.

Torsten Borchers

Norbert Potthoff, Im Labyrinth von Scientology, Bergisch Gladbach, 1997 (Bastei Lübbe), rund 300 Seiten, 14,90 DM

Ursula Caberta/Gunter Träger, Scientology greift an, Düsseldorf/München, 1997 (Econ), 270 Seiten, 39,80 DM

Peter Reichelt, Helnwein und Scientology, Mannheim 1997 (Brockmann und Reichelt), 489 Seiten, 49,80

Wachsendes jüdisches Leben

Seit zehn Jahren befaßt sich der amerikanische Autor und Fotograf Edward Serotta, der hauptsächlich in Berlin und Wien lebt, mit dem heutigen jüdischen Leben in Mitteleuropa und auf dem Balkan, mehr als fünf Jahre sammelte er Material für sein Buch über Juden in Deutschland. Um es vorwegzunehmen: dieses Buch ist ein Glücksfall; und es erweist, daß hier jemand ganz offensichtlich sein Lebensthema gefunden hat.

Drei Hauptabschnitte: Lebensgeschichten deutscher Juden, die sich in die Emigration retten konnten; Rückblick auf das verwickelte deutsch-jüdische Verhältnis in der Bundesrepublik in den letzten Jahrzehnten und Einblick in das wieder vielgestaltig gewordene jüdische Leben in Deutschland, eingerahmt von einem Prolog, der, von Erlebnissen beim Besuch des Bundeskanzlers in Auschwitz im November 1989 ausgehend, die Annäherung des Autors an sein Thema beschreibt – und einem Epilog über den Besuch des israelischen Staatspräsidenten Weizman in Sachsenhausen im Januar 1996.

Serotta geht diese ungeheuer komplexen The-

men ganz konkret an, indem er nämlich Geschichte durch individuelle Lebensgeschichten darstellt, durch Begegnungen und Befragungen anschaulich und nacherlebbar macht. Er ist ein sehr aufmerksamer, dabei geduldiger Beobachter, nicht unbefangen, aber gelassen und, wie er durch seine einführenden Worte bei der Vorstellung des Buches in Bonn, die Ignatz Bubis übernommen hatte, bewies, von einem schätzenswerten Humor. Er kann zuhören und sich einfühlen, kann Menschen zum Sprechen bringen – die vielen bewegenden Begegnungen, von denen er berichtet, die Erlebnisse mit Schulklassen, gelungene und mißratene, die er in großer Offenheit schildert, bezeugen es.

Den Blick für das Wesentliche, den aussagekräftigen, über das bloß Momentane hinausweisenden sinnfälligen Augenblick bezeugen auch die eindrucksvollen Schwarzweißfotos, in denen Serotta die Vielgestaltigkeit heutigen jüdischen Lebens in Deutschland eingefangen hat. Sie werden separat ausgestellt; zunächst im Haus der Geschichte der Bundesrepublik in Bonn, dann im Jüdischen Museum in Frankfurt (bis 24. 8.) und wandern von dort durch ein Dutzend amerikanischer Städte.

Besonders ausführlich, in Text wie in Bild, wird von der Neubelebung der jüdischen Gemein-

den durch die Einwanderung aus den GUS-Staaten berichtet: 1990, so Serotta, gab es in Deutschland 28000 registrierte Juden; seitdem sind 25000 dazugekommen. Die Mühen und Schwierigkeiten der Integration, die auch Unterricht in jüdischen Sitten und Gebräuchen umfaßt, um es den Zuwanderern zu ermöglichen, ihre Religion und ihre Wurzeln wiederzufinden, werden nicht verschwiegen. Gleichwohl: Es gibt wieder eine jüdische Zukunft in

Deutschland ; um Stefan Szajak, den Direktor des Jüdischen Gemeindezentrums in Frankfurt zu zitieren: „Und unser schönstes Problem ist, daß die Schule zu klein für uns geworden ist.“

Theo Meier-Ewert

Edward Serotta: Juden in Deutschland heute, Eine photographische Reise, Berlin: Nicolaische Verlagsbuchhandlung Beuermann GmbH 1996, 160 Seiten, 68 Mark.

Tagebuch

Inland

Dahlenburg (Schl.-H.) – Torsten Paproth (Dahlenburg), einst Herausgeber des „Badischen Landboten“, der 1990 in „Europa Vorn“ aufging, ehemals Mitglied der DVU, später NPD-Kreisvorsitzender in Konstanz, heute einer der Macher der „Politischen Hintergrund-Informationen“ (PHI) will spätestens Ende 1998 über das Internet „den ersten freien Sender für Deutschland“ präsentieren. Geplant sind Filme und Nachrichtensendungen. Das Internet sei, so Paproth „ein Mittel um eine breite Masse der Bevölkerung zu politisieren“. Um den interessierten Kameraden das technische Rüstwerkzeug für entsprechende Aktivitäten zu liefern, bieten Paproth und Co. auch Seminare an.

Freising – Jens Pühse, bisher Aktivist und Funktionär der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) ist laut Meldung im Thule-Mailboxnetz neuer Vorsitzender des NPD-Kreisverbandes Freising in Bayern. Werbung für seinen „Tonträgervertrieb“ (im Sortiment u. a.: Oi-Musik, Videos, T-Shirts) schaltet er in den „Nachrichten“ des „Studentenbundes Schlesien“, der „Berlin-Brandenburger-Zeitung“ und im „Widerstand“.

Hamburg – Der Hamburger Rechtsanwalt Klaus Sojka, Autor in der „Deutschen National-Zeitung“ hat einen Offenen Brief („Aufruf an die deutsche demokratische Rechte“) verfaßt, den er der NPD, den REP, der DVU und auch der ÖDP hat zukommen lassen. Angesichts der Zersplitterung des ultrarechten bis rechtsextremen Lagers bei der kommenden Bürgerschaftswahl in Hamburg plädiert Sojka künftig für gemeinsame Listen. Diese sollten, so Sojka, unter einer gemeinsamen Bezeichnung wie „Vereinte Deutsche“ von namhaften par-

teillosen Persönlichkeiten angeführt werden.

Hamburg – Ein alle 14 Tage neu ins Internet eingespeistes Bulletin namens „Blitz Stark“ betreibt in deutscher Sprache übelste antisemitische und verschwörungstheoretische Propaganda. Der u. a. per Postfachadresse in Hamburg kontaktierbare „Blitz Stark“ schreibt beispielsweise, daß es auf Erden keinen Frieden geben könne, solange der Zionismus existiere. Gemutmaß wird, daß auf dem Mond „Zionisten ähnlich wie Hühner in speziellen Labors“ ausgebrütet würden und die Erde überfluten etc. Die Organisation, die hinter „Blitz Stark“ steht, wird im Internet nicht genannt. Bei ihr handelt es sich um die extrem antisemitische „Mallo-na-Association-Australia“, die zumindest seit Anfang der 90er Jahre auch in der Bundesrepublik einen Ableger unterhält. Das Bulletin „Blitz Stark“ ist im Internet auch über die Mailing-Liste des Österreicherers Frank Swoboda, dessen Wohnung im Rahmen der Hausdurchsuchungen wegen Briefbomben von der Polizei unter die Lupe genommen wurde, verbreitet.

Leinfelden – In der „Jungen Freiheit“ (Ausgabe 28/97) meldete sich als Leserbriefschreiber Hans Joachim Dill zu Wort und beklagte, daß „fast ein Drittel des deutschen Staatsgebietes durch das Potsdamer Abkommen den Deutschen völkerrechtswidrig entrissen und okkupiert wurde“. Dill ist kein Unbekannter: Wegen Vertriebs einschlägiger Hetzschriften wie der „Remer-Depesche“ und „25 Argumente gegen Auschwitz“ wurde er im März 1994 (vgl. BNR 6/94) vom Stuttgarter Amtsgericht zu einer Freiheitsstrafe von zehn Monaten auf Bewährung verurteilt. Hervorgetan hat sich der Mittelständler Dill, über dessen Firma „Papiere-Pappen-Packmittel GmbH“ (Leinfelden-Echterdingen) unlängst in „News“, dem Organ der „Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer“ (ASU) ein

Jubelbericht erschien, u. a. als Leserbriefschreiber in „Europa Vorn“ und als Autor in der zwischenzeitlich eingestellten Zeitschrift „Europa“ (Herausgeber: „Nationaleuropäisches Jugendwerk“).

Mainz/Lübeck – In der aktuellen „Gefangenenliste“ der neonazistischen „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.“ (HNG) tauchte im Juli erstmalig der in Lübeck inhaftierte Polizistenmörder Kay Diesner auf. Weiterhin gehört seit kurzem auch Paul David „Charlie“ Sargent, ehemaliger Führer der militanten britischen Organisation „Combat 18“, zu der von der HNG erstellten „Gefangenenliste“. Neben Neonazis und braunen Skinheads gehören NPD-Funktionäre wie Günter Deckert und Heinrich Förster sowie Altnazis wie Josef Schwammberger und Erich Priebke zu dem von der HNG betreuten inhaftierten Personenkreis.

Der Neonazi Kay Diesner (vgl. BNR 5/97) muß sich wegen Mordes und mehrfachen Mordversuchs ab 8. August vor dem Landgericht Lübeck verantworten. Diesner hatte Ende Februar bei Lauenburg (Schleswig-Holstein) einen Polizisten erschossen und einen Beamten verletzt. Drei Tage vor dem Attentat war ein Berliner Buchhändler von Diesner durch Gewehrschüsse schwer verletzt worden.

Mannheim – Thor von Waldstein, Rechtsanwalt in Mannheim, einst NHB-Bundesvorstandsmitglied stellvertretender JN-Bundesvorsitzender hat im Monatsperiodikum „Staatsbriefe“ seine „Thesen zu Großwestdeutschland“ aufgestellt. Seine Ausführungen gipfeln in folgender Aussage: „Bonn ist Auschwitz; der Holocaust ist die raison d’être der Bundesrepublik. Seine unablässige ‚Bewältigung‘ ist das Credo der Kostgänger der deutschen Geschichte, die uns heute regieren. Die Vergangenheit darf nicht vergehen, weil die Zukunft der Deutschen nicht stattfinden soll.“ Waldstein machte sich in einschlägigen Kreisen u. a. als juristischer Beistand des US-amerikanischen Holocaustleugners Fred Leuchter und als Autor in der „Jungen Freiheit“ einen Namen.

Mannheim – In der Homepage des revisionistischen „National Journals“, dessen Macher zum Unterstützerkreis des Holocaustleugners Otto Ernst Remer zählen, wird offen gegen den Mannheimer Oberstaatsanwalt Hans-Heiko Klein gehetzt. Beispielsweise wird der Oberstaatsanwalt als „einer der berüchtigten Menschenrechtsbrecher und Demokratie-Schänder auf dem Globus“ diffamiert. Vor-

gehalten wird Klein ebenso, daß er den NPD-Vize Günter Deckert, die „Symbolfigur der demokratischen Opposition Deutschlands“ zu „Kerkerhaft“ verurteilt habe.

Passau/München – „Auf nach Passau“ heißt es wieder einmal für die Anhänger des Dr. Frey. Dort wird wie jedes Jahr die „DVU-Großkundgebung“ am 27. September stattfinden. Mitfahrgelegenheiten dazu werden seit Wochen mittels der Frey-Gazetten organisiert. Die Stadt Passau, die bislang das seit 15 Jahren in Passau stattfindende rechtsextremistische Spektakel regelmäßig mit Hilfe der Gerichte unterbinden lassen wollte und damit scheiterte, hat sich aufgrund einer Empfehlung der Regierung von Niederbayern entschlossen, der DVU die Nibelungenhalle dieses Jahr ohne juristische Gegenwehr zu überlassen. Ein Bündnis aus Vertretern demokratischer Parteien, Gewerkschaften und gesellschaftlicher Gruppierungen plant, gegen die Veranstaltung mit einer Menschenkette rund um die Nibelungenhalle zu demonstrieren. Im Rahmen des DVU-Treffens ist nach Angaben der DNZ eine „Protestaktion gegen die Anti-Wehrmachtsausstellung mit eindrucksvoller Totenehrung“ sowie die alljährliche Verleihung des „Andreas-Hofer-Preises“ vorgesehen, wobei der diesjährige Preisträger „ein großes Geheimnis“ sei.

Stuttgart/Wehr – Der bisherige Landesvorsitzende der baden-württembergischen „Republikaner“, Christian Käs, wurde auf dem Landesparteitag am 19. Juli in Wehr in seinem Amt mit 152 von 168 abgegebenen Stimmen in seinem Amt bestätigt. Auch die bisherigen Stellvertreter Rüdiger Helfer und Wilhelm Kutschera konnten in ihren Ämtern verbleiben; neu dazugekommen sind Sabine Johnson und Wolfgang Meier.

Stuttgart – Vom 14. bis 28. Juli wurde vor der Jugendkammer des Stuttgarter Landgericht gegen elf Skinheads verhandelt (Az.: 5 Js 2/97-9/97). Vier Angeklagte mußten sich wegen Totschlags, die übrigen wegen gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung verantworten. Die zwischen 17 und 27 Jahre alten Angeklagten: Thomas Horatiu Essig, Hans Bruss, Enrico Weise, Daniel Zenker, Marc Fehr, Michael Alexander Eichel, Ron Hanke, Manuel Christian Noller, die beiden Anführer Peter Munkacsi und Holger Lieven sowie Andrea Silke Zimmermann, gehören sämtlich der rechtsextremen Skinheadszone in Stuttgart an; einer war auch bei den von 1991 bis 1994 existenten „Kreuzritter für Deutschland“ aktiv. Die Gruppe hatte in

der Nacht vom 6. zum 7. September 1996 einen 30jährigen Camper in seinem Wohnmobil überfallen, bewußtlos geprügelt und mit den obligatorischen Springerstiefeln schwer verletzt. Das Landgericht verhängte Strafen zwischen DM 2 700 Geldbuße für Zimmermann und zwei Jahren und neun Monaten wegen gefährlicher Körperverletzung. Einzig der vorbestrafte Essig wurde wegen versuchten Totschlags zu vier Jahren und drei Monaten verurteilt; Munkacsi und Lieven kamen mit Bewährungsstrafen davon.

Viöl – Roland Bohlinger, Kopf des größten rechts-extremen Verlagsimperiums in Norddeutschland (Verlag für ganzheitliche Forschung, Kultur-Verlag, Hutten-Verlag), beklagt in seinem jüngsten Rundbrief, daß der im Hutten-Verlag erschienene Sammelband „Unterdrückung und Verfolgung deutscher Patrioten - Gesinnungsdiktatur in Deutschland“ (Hrsg: Rolf-Josef Eibicht) in „sogenannten rechten Kreisen weitgehend totgeschwiegen“ würde.

Zwickau (Sachsen) – Am 21. Juni fand in Zwickau („Hotel am Windberg“) der Gründungsparteitag der „Wählergemeinschaft Deutscher Heimatvertriebener und Entrechteter“ statt. Maßgeblicher Initiator zur Gründung war Erwin Hain, nunmehr erster Stellvertreter und Bundesgeschäftsführer. Erster Vorsitzender wurde Ingobert Stiebitz. Die „Wählergemeinschaft“ sieht sich in der Tradition des in den 50er Jahren erfolgreichen „Gesamtdeutschen Blocks/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten“ (GB/BHE) stehend. Eng zusammenarbeiten will man mit dem rechtsextremistischen „Bund für Gesamtdeutschland“. Die Kosten zur Gründung der Vertriebenen-Partei soll der BdV-Kreisverband Gotha getragen haben. Dies veranlaßte die PDS-Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke, in einem Schreiben (9. Juli 1997) an die Präsidentin des Bundesrechnungshofs zu fordern, daß die Haushalts- und Wirtschaftsführung des BdV überprüft werden muß, falls die finanzielle Unterstützung der Parteigründung tatsächlich aus Mitteln

Adresse:

des BdV, und damit aus öffentlichen Mitteln, erfolgt sei.

Ausland

Italien (Rom) – Die ehemaligen SS-Offiziere Erich Priebke und Karl Hass sind am 22. Juli von einem Militärgericht in Rom wegen des Massakers in den Adreatinischen Höhlen von 1944 zu Strafen von 15 Jahren und zehn Jahren und acht Monaten auf Bewährung verurteilt worden. Der 85jährige Karl Hass wurde nach Urteilsverkündung sofort freigelassen, der 84jährige Priebke muß von seiner Haftstrafe wegen unverzüglichen Strafnachlasses lediglich fünf Jahre verbüßen. Das Gericht sah es diesmal als erwiesen an, daß Priebke, der nach Kriegsende nach Argentinien geflohen war, von wo aus er nach langwierigen Rechtsstreitigkeiten schließlich Ende 1995 nach Italien ausgeliefert wurde, eine Schlüsselrolle bei den 335 Geißeler-schießungen gespielt hat. Zwei Geiseln wurden damals von Priebke selbst erschossen, er war bei der Auswahl der Opfer behilflich und habe die Namen der Erschossenen auf einer Liste abgehakt. Ein Quasi-Freispruch für Priebke im Sommer vergangenen Jahres hatte für große öffentliche Empörung gesorgt, von einem Berufungsgericht wurde das Urteil wegen Befangenheit dann für ungültig erklärt. Priebke steht vorerst in einem Kloster in der Nähe von Rom weiter unter Hausarrest; ein Antrag der Verteidigung, Priebke auf freien Fuß zu setzen, wurde vom Militärgericht wegen Fluchtgefahr abgelehnt. Priebkes Anwälte gehen davon aus, daß dieser nach Anrechnung der Untersuchungshaft in einem halben Jahr freikommen könnte.

IMPRESSUM

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.

Verlag:
Vorwärts Verlag GmbH
Wilhelmstraße 140, 10963 Berlin
Telefon (030) 25 99 36 41, Fax 25 99 36 54

Redaktionsleitung:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Winterstraße 35, 53177 Bonn
Telefon (0228) 951 04 16, Fax 31 45 23

Satz und Lithos:
Vorwärts Verlag Berlin; Heidemarie Lehmann

Herstellung:
OPS GmbH, Hamburg

Erscheint 14tägig, Bezug nur im Abonnement
Preis DM 117,- jährlich, zzgl. MwSt. und Versandkosten